

Es war eine Revolution, keine Wende... Die Begriffe und das Begreifen

von Mike Mohring

Wer Wege in die Zukunft plant, sollte zurückschauen und die Erfahrungen vergangener Jahre und Generationen auswerten. Darin liegt der Wert der Geschichte für die Politik. Dieser Wert sinkt jedoch rapide, wenn sie nicht beschreibt, „wie es eigentlich gewesen“, um einen Sohn Thüringens, Leopold von Ranke (1795-1886), zu zitieren. Dies ist umso entscheidender, als Geschichtsbilder auch als politisches Kampfmittel eingesetzt und entsprechend zugerichtet werden. Es gibt leicht durchschaubare Varianten, wie etwa die Umdeutung von Mauer und Stacheldraht in den „antifaschistischen Schutzwall“ der SED-Propaganda, aber auch wesentlich subtilere.

Bernhard Vogel wurde und wird nicht müde, sie aufzuspießen. Gerade in den schwierigen Fällen. Ein Beispiel ist die Beharrlichkeit, mit der er gegen die Gedankenlosigkeit vorgegangen ist, die Friedliche Revolution als „Wende“ zu bezeichnen. Das ist wichtig, weil viele Menschen den sprachlich weniger sperrigen Begriff verwenden, ohne weiter darüber nachzudenken. Seine Geschichte ist schnell erzählt: Egon Krenz nutzte ihn erstmals nach dem Sturz Erich Honeckers am 18. Oktober 1989 während der 9. Tagung des ZK der SED. Er räumte ein, die SED habe die gesellschaftliche Entwicklung „nicht real genug eingeschätzt und nicht rechtzeitig die richtigen Schlussfolgerungen gezogen. Mit der heutigen Tagung werden wir eine Wende einleiten, werden wir vor allem die politische und ideologische Offensive wieder erlangen.“

Die „Wende“ war der Versuch der SED, der sich anbahnenden Revolution das Wasser abzugraben und die Entwicklung durch Konzessionen selbst zu steuern, ohne die eigene Machtbasis in Frage stellen zu müssen. Es dauerte von da an noch rund anderthalb Monate, bis die Volkskammer den Führungsanspruch der SED aus der Verfassung der DDR strich, sich die staatlichen Institutionen von der allmächtigen Staatspartei emanzipierten und ihre eigene, demokratisch nie legitimierte Macht mit den Runden Tischen teilen mussten. Ein politischer Zwischen- und Schwebezustand, der bis zu den ersten und letztlich einzigen freien Volkskammerwahlen am 18. März 1990 andauerte. In gewisser Weise erwies sich Krenz' „Wende“ sogar als Eigentümer, denn der Begriff „Wendehals“ folgte auf den Fuß; für jene Opportunisten, die mit atemberaubender Geschwindigkeit die Seite wechselten, einzig um ihr persönliches Fortkommen und oft auch politisches Überleben bemüht.

Warum ist es dennoch so wichtig, am Revolutionsbegriff festzuhalten, obgleich die „Wende“ der SED gänzlich anders verlief, als das Politbüro und sein Kurzzeitgeneralsekretär Krenz sich das gedacht hatten? Weil einzig und allein der Revolutionsbegriff angemessen erfasst, was sich 1989/90 in der DDR zutrug. An die Stelle der Parteidiktatur der SED mit ihrem Wahrheitsmonopol trat die parlamentarische Demokratie mit ihrem Parteipluralismus. An die Stelle der Gewalteneinheit trat die Gewaltenteilung. Aus Untertanen, die Eingaben schreiben durften, wurden Bürger, die ihre Rechte auch gegen den Staat durchsetzen können. An die Stelle der Zentralverwaltungswirtschaft trat die Marktwirtschaft. An die Stelle einer über Massenorganisationen gesteuerten Gesellschaft trat eine freie, pluralistische Gesellschaft. Aus der gelenkten Presse wurde eine freie. An die Stelle

des Zentralstaats die föderale Ordnung. Und endlich, statt Mauer und Stacheldraht, statt Bevormundung und Staatssicherheit bahnte sich die Freiheit ihren Weg.

Das war nicht das Werk des Übergangministerpräsidenten Hans Modrow oder des SED-Reformers Gregor Gysi oder gar Egon Krenz', die der Entwicklung hinterherliefen. Das war das Werk von Bürgern eines ganzen Landes, die den vollständigen Bruch mit dem SED-Regime wollten. Aber auch das gehört zum Bild der Friedlichen Revolution: Dass die Entwicklung auch viele Menschen und Repräsentanten der Bürgerbewegung, die den revolutionären Prozess erst in Gang gesetzt haben überrollte, die dem SED-Regime unter hohem persönlichen Risiko oft über Jahre die Stirn geboten hatten, aber von dritten Wegen, einem erneuerten Sozialismus in einer erneuerten DDR träumten. Vielleicht auch deshalb, weil gerade in dem politischen Schwebezustand Ende 1989 und Anfang 1990 schier ungreifbar und unfassbar schien, dass sich an die eben noch mit schlichten Kerzen in der Hand niedergerungene Diktatur unmittelbar die Wiedervereinigung anschließen könnte.

In der Erklärung „Für unser Land“ vom 26. November 1989 berührten sich die Interessen jener Kräfte und der sich wendenden SED, ohne damit deckungsgleich zu sein. Für eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik Deutschland warben Autorinnen wie Christa Wolf, Stefan Heym oder Konrad Weiss, aber auch Egon Krenz und andere Spitzengenossen der SED unterzeichneten später diesen Aufruf. Hätte sich die Entwicklung in diesen Bahnen weiterbewegt, wäre die Debatte über die Berechtigung des Wende-Begriffs historisch begründeter. Doch die übergroße Mehrheit der Menschen wollten keine weiteren sozialistischen Experimente, sondern schlicht die Wiedervereinigung eines geteilten Landes. Diese Erwartung plakatierten die Bürger auf den Montagsdemonstrationen sehr schnell im ganzen Land mit dem Ruf „Wir sind ein Volk!“ und untermauerten dies mit ihrem scheinbar überraschenden Wahlverhalten zur freien Volkskammerwahl am 18. März 1990.

Den revolutionären und vor allem, das ist das wichtigste, friedlichen Charakter dieser Entwicklung festzuhalten, ist nicht alleine um der historischen Wahrhaftigkeit willen erforderlich: Der von den Bürgern selbst herbeigeführte Umbruch stellte viele von ihnen in den Jahren nach 1990 vor ganz erhebliche biographische Herausforderungen, ja auch Zumutungen. Der Niedergang von unter Marktbedingungen nicht mehr konkurrenzfähiger Betriebe, Entscheidungen der Treuhandanstalt, Arbeitslosigkeit und Vorruhestand, Entwertung von Erfahrungswissen aus dem alten System und anderes mehr bildeten den Boden, in denen die Saat der Ost-Nostalgie aufging. Vermeintliche „Errungenschaften“ wurden aus ihrem politischen Kontext gelöst und als Verlust beklagt. Deshalb war und ist es notwendig, in Erinnerung zu halten, warum und mit welcher revolutionären Radikalität die Menschen das SED-Regime beseitigten und sich damit einer Diktatur entledigten und dies ohne Blutvergießen.

Diese Debatten liegen heute, 22 Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands weitgehend hinter uns. Vier Fünftel der Bürger bekennen sich regelmäßig zur Idee und den Werten der Demokratie und zur Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland.

Bernhard Vogel hat dazu beigetragen, dass sich diese Debatten entkrampften. Indem er bestimmt, aber immer freundlich auch unbequeme Diskussionen führte und wohlfeile Argumente eben nicht einfach stehen ließ oder gar verstärkte. Dass

politische Repräsentanten einen durchaus beachtlichen Einfluss auf das politische und historische Bewusstsein haben, zeigt der Vergleich mit Brandenburg. Dort wirkten Politiker wie Regine Hildebrandt oder Manfred Stolpe vielfach als Verstärker der Ost-Nostalgie, so dass nicht ganz zu Unrecht von der „kleinen DDR“ die Rede war.

Dass Bernhard Vogel diesen populären, vielleicht auch populistischen Brandenburger Weg nicht gegangen und gleichwohl in den zwölf Jahren seines Wirkens für Thüringen zum Landesvater geworden ist, sagt viel über den Menschen und Politiker aus. Warum gelang ihm dieser Spagat? Als Geburtsjahrgang 1932 aus einem politisch hellwachen Elternhaus stammend, war er alt genug, um zu erfassen, welche Verheerungen der Nationalsozialismus über Deutschland und Europa gebracht hat. Am Ringen um eine politische Kultur, die den demokratischen Verfassungsstaat der Bundesrepublik Deutschland zu tragen imstande war, beteiligte er sich selbst. Denn beides gehört zusammen. Das war ein Prozess, der sich über mehr als ein Jahrzehnt erstreckte.

Mit dieser Erfahrung im Hintergrund, begegnete Bernhard Vogel den Menschen in Thüringen, die gut zwei Generationen in Diktaturen gelebt hatten. Er machte sich vom ersten Arbeitstag als neuer Thüringer Ministerpräsident auf ins Land. Er hörte zu und unterschied zwischen den Menschen und ihrer Lebensleistung auf der einen und den politischen Umständen auf der anderen Seite. Wer zu seinem Leben stehen will, solle damit nicht das System verteidigen müssen. Etwas, was der Theologe und Philosoph Richard Schröder 2009 in folgende Worte gekleidet hat: „Ostdeutsche können durchaus stolz darauf sein, was sie persönlich in Familie und Beruf in jenen vierzig Jahren geleistet haben, und zwar unter den erschwerenden Bedingungen von Diktatur und Mangelwirtschaft. Aber bitte doch nicht stolz sein wollen auf die erschwerenden Bedingungen selbst.“

Der Ministerpräsident Vogel schenkte den Erben der SED und anderen Menschen, die die DDR in ein mildes Licht tauchten, in der Sache nichts. Die Auseinandersetzung mit Stasi-belasteten Abgeordneten ist ein Beispiel dafür, die Errichtung der Stiftung Ettersberg zur vergleichenden Erforschung europäischer Diktaturen des 20. Jahrhunderts und ihrer demokratischen Transformation ein anderes. Dort wurde die DDR in einen zeitgeschichtlich weiteren Horizont eingebettet. Ihr Thema sind die nationalsozialistischen, faschistischen und kommunistischen Diktaturen. Der gleichsam topographische Referenzpunkt ist das Konzentrationslager Buchenwald und das Sowjetische Speziallager Nr. 2. Doch auch bei fundamentalen Gegensätzen wahrt Bernhard Vogel die persönliche Integrität seiner Widersacher. Sich von der PDS, den SED-Erben, politisch klar abzugrenzen, ihre Repräsentanten jedoch nicht auszugrenzen, war eine in diesem Sinne oft gehörte Mahnung.

Auch mit dem sogenannten „Thüringen-Monitor“ machte der Thüringer Ministerpräsident die politische Kultur des Landes zu seinem Thema. Er nahm das Entsetzen über einen Brandanschlag auf die Erfurter Synagoge 2000 zum Anlass, eine Langzeitstudie zur Stabilität der Demokratie und rechtsextremen Einstellungen in Auftrag zu geben. Sie suchte unter den deutschen Ländern lange ihresgleichen. Ihre Autoren arbeiteten wiederholt heraus, dass Bürger mit rechtsextremen Einstellungen die größte Schnittmenge mit jenen aufweisen, die zurück zum DDR-Sozialismus wollen und beides in sozialpsychologischen Defiziten wurzelt. Mit

Genugtuung wird Bernhard Vogel registriert haben, dass die Demokratie in Thüringen im Verlaufe der Jahre immer festere Wurzeln entwickelt hat und diese Defizite im Schwinden begriffen sind.

Friedliche Revolution statt Wende? Es war eine friedliche Revolution, die, in der deutschen Geschichte zumal, vergeblich ihr Vorbild sucht. Der Blick auf das Bemühen des Landesvaters und Demokratielehrers Vogel um die politische Kultur zeigt: Dabei geht es nicht um Begriffsklauberei. Es geht darum, angemessen zu beschreiben, was war und was ist und nicht umgedeutet werden darf, Menschen zum Nachdenken zu bewegen oder in eine Diskussion zu verwickeln, sie die Kunst der Differenzierung und Unterscheidung zu lehren. Dies ist zugleich das wirksamste Mittel gegen den politischen Populismus und dessen Simplifizierung und mit seinen zu diesem Zweck zurechtgebogenen Geschichtsbildern.